

IKT-Fachkräftemangel: Aus- und Weiterbildung lohnen sich

Die Situation bei Fachkräften der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) hat sich durch die schwächere Konjunktur, die Ausgabe von 10.000 Greencards an ausländische IKT-Experten und nicht zuletzt durch verstärkte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen der Unternehmen entspannt. Entwarnung kann aber nicht gegeben werden. Am wenigsten leiden solche Unternehmen unter Fachkräftemangel, die intensiv in Aus- und Weiterbildungsaktivitäten investieren. Dies zeigt eine aktuelle Untersuchung des ZEW.



■ Laut einer Untersuchung des ZEW aus dem ersten Halbjahr letzten Jahres kamen in Deutschland auf 100 IKT-Fachkräfte fast sieben unbesetzte Stellen für IKT-Fachkräfte. Bei 1,38 Millionen erwerbstätigen IKT-Fachkräften (ohne Auszubildende in IKT-Berufen) war das ein erheblicher Fehlbedarf. Durchschnittlich 80 Prozent der unbesetzten Stellen für IKT-Fachkräfte in den Unternehmen, so die ZEW-Untersuchung, entfielen auf neu eingerichtete Stellen. Nur die restlichen 20 Prozent waren Ersatzbedarf. Der große Mangel an IKT-Fachkräften und

der hohe Neubedarf erklären sich zum einen aus der starken Nachfrage nach IKT-Fachkräften aus der Informations- und Telekommunikationsindustrie selbst, zum anderen aber auch aus der erheblich gestiegenen Nachfrage aus anderen Branchen. Es war vor allem die erfolgreiche Durchdringung aller Sektoren der Volkswirtschaft mit Informations- und Kommunikationstechnologien innerhalb weniger Jahre, die einen hohen Bedarf an IKT-Experten geschaffen hat.

In Deutschland versuchte man das Angebot an IKT-Fachkräften zu erhöhen,

indem beispielsweise 1997 ein neues IKT-Ausbildungsprogramm ins Leben gerufen wurde. Des Weiteren wurde die betriebliche Weiterbildung in dieser Richtung ausgebaut, und es wurden umfangreiche IKT-Qualifizierungsprogramme für Hochschulabsolventen in nicht IKT-nahen Fachrichtungen geschaffen. Schließlich wurde im August letzten Jahres der deutsche Arbeitsmarkt für hochqualifizierte IKT-Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU geöffnet (Greencard-Regelung).

Ein Indikator dafür, wie begehrt bestimmte Qualifikationen sind, ist die Fluktuation, also die Höhe der Abgangs-

In dieser Ausgabe

IKT-Fachkräftemangel: Aus- und Weiterbildung lohnen sich	1
Finanzdienstleistungen in der EU	3
Faktoren für den Innovationserfolg im deutschen Maschinenbau	4
Klimapolitik nach Marrakesch	5
Europäische Aktien Favoriten für 2002	6
ZEW-Intern	6
Wirtschaftspolitik aus erster Hand	7
ZEW-Neuerscheinungen; ZEW-Termine	8
Daten und Fakten	9
Standpunkt	10

ZEW-Forschungsergebnisse

quote von Mitarbeitern mit solch einer gesuchten Qualifikation aus den Betrieben. Eine Auswertung des Mikrozensus zeigt, dass 1996 rund 14 Prozent der DV-Fachkräfte mit Hochschulabschluss den Betrieb wechselten, während die Fluktuation bei den Nicht-IKT-Fachkräften mit Hochschulabschluss nur neun Prozent betrug. Bei den Softwareentwicklern lag der Anteil der Betriebswechsler mit 15 Prozent 1996 sogar

noch etwas höher. Betrachtet man allein die Fluktuation in der IKT-Branche, so beträgt hier die Abgangsquote in Deutschland rund acht Prozent und liegt damit im Mittelfeld der Branchen.

Maßnahmen der Unternehmen

Die vom Fachkräftemangel am stärksten betroffenen Unternehmen in den Nicht-IKT-Branchen weichen auf Über-

stunden und einen vermehrten Einsatz freier Mitarbeiter und auf die Vergabe von Aufträgen an Fremdfirmen aus. Erst dann folgen die Mitarbeiterweiterbildung und die Schaffung von Ausbildungsplätzen in IKT-Berufen. In der IKT-Branche selbst setzen die Unternehmen mit offenen Stellen neben Überstunden vor allem auf verstärkte Mitarbeiterweiterbildung und auf den Einsatz freier Mitarbeiter. Erst dann folgt die Schaffung von Ausbildungsplätzen in IKT-Berufen. Der wesentliche Grund für die mangelnde Ausbildungsbereitschaft vieler Unternehmen ist, dass bei den IKT-Fachkräften vor allem nach Mitarbeitern mit Hochschulabschluss gesucht wird.

Dass die Vernachlässigung von Aus- und Weiterbildung für die Unternehmen dennoch nicht ratsam ist, zeigt eine ZEW-Befragung vom vergangenen Jahr. So liegt in der IKT-Branche die Quote der offenen Stellen bei Unternehmen, die in den vergangenen zwei Jahren ausgebildet haben, im Vergleich zu Firmen, die keine Auszubildenden einstellten, um 30 Prozent niedriger. Und sowohl in den Nicht-IKT-Branchen als auch in der IKT-Branche haben Firmen, die ihre Mitarbeiter häufig weiterbildeten, eine um durchschnittlich 20 Prozent niedrigere Quote an unbesetzten Stellen bei IKT-Fachkräften als Unternehmen, die ihre Weiterbildungsaktivitäten vernachlässigt haben.

Das sollte zu denken geben und die Unternehmen zu entsprechenden Reaktionen anregen. Derzeit haben sie etwas Luft durch den Konjunkturunbruch und die ersten 10.000 ausländischen IKT-Experten, die mit Greencards versehen nach Deutschland gekommen sind. Diese beiden Faktoren haben zu einer vorübergehenden Entspannung auf dem Arbeitsmarkt für IKT-Fachkräfte geführt. Es steht allerdings zu erwarten, dass in Zukunft viele Unternehmen der Nicht-IKT-Branchen, von denen die Mehrheit bisher IKT-Tätigkeitsfelder teilweise oder vollständig an externe Firmen ausgelagert haben, eigene IKT-Fachleute einstellen werden. Somit ist auch weiterhin mit einer hohen Nachfrage nach IKT-Fachkräften zu rechnen. ◀

Martin Falk, falk@zew.de



Competence
in Economics

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) in Mannheim sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt eine/n

Leiter/in Forschungsbereich

■ **Arbeitsmärkte, Personalmanagement
und Soziale Sicherung**

Der bisherige Leiter wurde auf eine Universitätsprofessur berufen. Sie haben ein wirtschaftswissenschaftliches Universitätsstudium und eine Promotion abgeschlossen und können weitere wissenschaftliche Leistungen nachweisen. Sie besitzen Führungsqualitäten und verfügen über entsprechende Erfahrungen zur Leitung von größeren Projektgruppen. Sie wollen neue und eigenständige Akzente vor allem in der Arbeitsmarktforschung setzen.

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde Tätigkeit in einem angesehenen wissenschaftlichen Forschungsinstitut sowie eine angemessene Vergütung mit den Sozialleistungen des Öffentlichen Dienstes. Weiterbildungsmöglichkeiten durch unser nationales und internationales Netzwerk eröffnen Ihnen eine attraktive Perspektive. Eine Habilitation im Rahmen der Arbeit wird unterstützt.

Ihre Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte bis zum 11.1.2002 unter dem Stichwort „Arbeitsmärkte news-12/01“ an das

ZEW
Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH
Herrn Thomas Kohl · L 7, 1 · D-68161 Mannheim

ZEW-Forschungsergebnisse

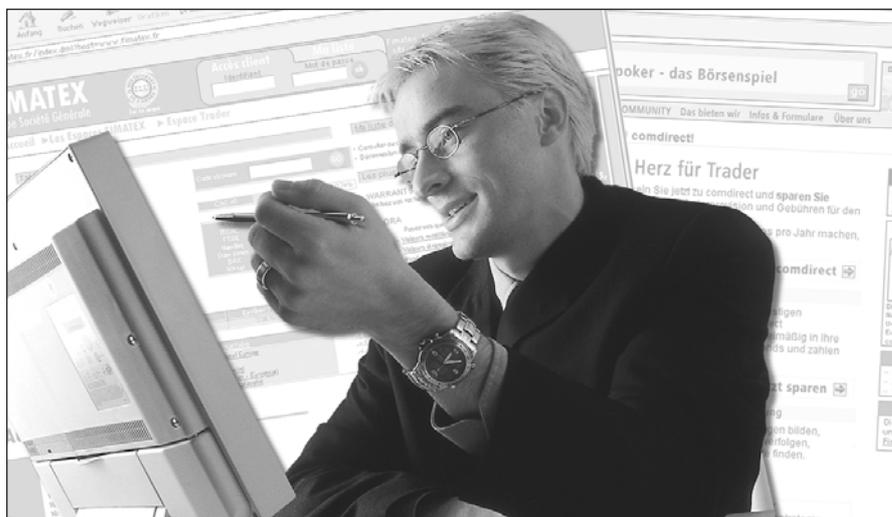
Finanzdienstleistungen in der EU

Das Internet gibt einerseits Konsumenten die Möglichkeit, unter einer großen Anzahl von Anbietern zu wählen. Andererseits können Unternehmen Kunden direkt bedienen, ohne physisch im jeweiligen Land präsent zu sein. Tatsächlich aber wird im Markt für Online-Brokerage von dieser Möglichkeit kaum Gebrauch gemacht. Haupthindernis für ein Zusammenwachsen der europäischen Märkte scheint die Präferenz der Konsumenten für heimische Unternehmen zu sein. Dies zeigt eine neue ZEW-Studie.

■ Im Markt für Online-Brokerage wird das Internet als einziger Distributionskanal verwendet. Es wäre zu erwarten, dass ein Konsument über denjenigen Onlinebroker Wertpapiere kauft und verkauft, der seine Bedürfnisse am besten befriedigt – unabhängig davon, in welchem Land dieser seinen Sitz hat. Dabei spielt in der Regel der Preis die entscheidende Rolle. Direktbroker sollten somit durch Übersetzen der „heimischen“ Homepage in der Lage sein, ausländische Kunden zu betreuen. Vor diesem Hintergrund sollten in einem integrierten Markt keine wesentlichen Preisunterschiede zwischen den europäischen Ländern bestehen.

Große Preisunterschiede

Tatsächlich aber gibt es große Preisunterschiede zwischen Onlinebrokern in verschiedenen europäischen Ländern. Dies wird deutlich bei einem Vergleich der jährlichen Kosten als Summe aus Transaktions- und Depotführungsgebühren, die Anlegern verschiedenen Typs für den Kauf und Verkauf von Aktien bei den zwölf nach Marktanteilen führenden europäischen Direktbrokern entstehen. So zahlt ein Anleger vom Typ „Student“ bei den führenden deutschen Onlinebanken im Mittel knapp zweieinhalbmal so viel wie beim italienischen Marktführer. Britische Onlinebroker liegen bei den meisten Anlegertypen stark über dem europäischen Durchschnitt. Die Preise deutscher Onlinebroker liegen, ebenso wie die des italienischen Marktführers, meist unter dem europäischen Durchschnitt. Erstaunlich ist auch, dass Onlinebroker, die in verschiedenen europäischen Ländern mit Tochtergesellschaften tätig sind, in den einzelnen Ländern unterschiedliche



Preise setzen. Die Tochterunternehmen orientieren sich dabei stark am jeweiligen nationalen Marktführer.

Die zum Teil immens hohen Preisunterschiede sollten Anleger gegebenenfalls veranlassen, zu einem billigeren ausländischen Anbieter zu wechseln. Dank des Internets ist dies problemlos möglich und würde auch keinen Unterschied zum Handeln über den heimischen Direktbroker darstellen. Eine Befragung unter führenden europäischen Onlinebrokern hat allerdings gezeigt, dass eine solche direkte grenzüberschreitende Aktivität nur selten, bei den meisten Anbietern gar nicht stattfindet und dass die befragten Broker auch gar nicht mit einem nennenswerten Anstieg der Zahl ihrer ausländischen Kunden in den nächsten fünf Jahren rechnen.

Offensichtlich bestehen in der EU Hindernisse für eine grenzüberschreitende Aktivität. Barrieren wie die hohen Kosten für Auslandsüberweisungen oder die Abwicklung grenzüberschreitender Regressansprüche wurden von der Politik teilweise schon adressiert. Traditionelle Barrieren wie versunkene Kosten auf-

grund von Investitionen in ein Zweigstellennetz sollten durch das Internet keine Bedeutung mehr haben. Nach Aussage fast aller Onlinebroker stellt die Präferenz der Anleger für den heimischen Anbieter das größte Hindernis für das Zusammenwachsen der europäischen Märkte dar. Wenn es um Finanzgeschäfte geht, spielt offensichtlich der „persönliche Händedruck“ eine nicht zu unterschätzende Rolle. Das Internet verbietet diesen Handschlag, sodass zumindest die genaue Kenntnis der Onlinebank, der man sein Geld überweist, eine Voraussetzung für den Abschluss eines Onlinekontos darstellt. Da man über einen ausländischen Anbieter in der Regel weniger informiert ist als über einen heimischen, wird dem Direktbroker im Inland trotz gegebenenfalls höherer Kosten der Vorzug gegeben. Dieses Hindernis für ein Zusammenwachsen der europäischen Märkte erscheint, zumindest auf kurz- und mittelfristige Sicht, schwer abbaubar. Vor diesem Hintergrund sprengt das Internet keine Grenzen – es weicht sie allenfalls etwas auf. ◀

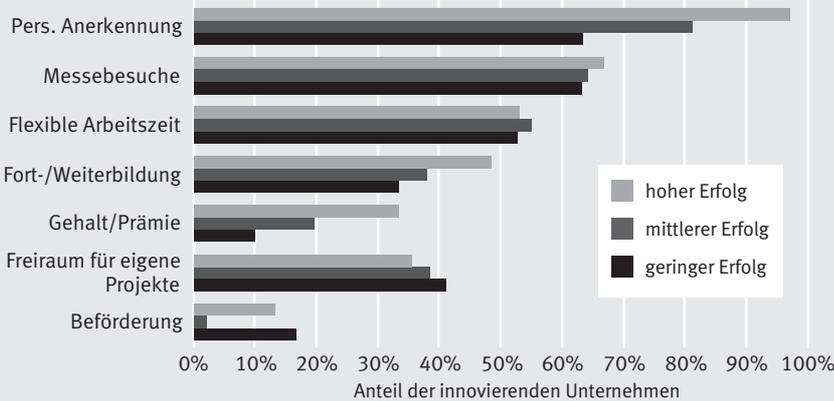
Martin Schüler, schueler@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Faktoren für den Innovationserfolg im deutschen Maschinenbau

Das ZEW hat gemeinsam mit dem Institut für Innovationsforschung und Innovationsmanagement (INNO-tec) der Universität München im Auftrag der Impuls Stiftung das Innovationsmanagement von erfolgreichen und weniger erfolgreichen Unternehmen im deutschen mittelständischen Maschinenbau untersucht. Als Faktoren, die den Erfolg von Innovationen maßgeblich beeinflussen, wurden das Engagement der Geschäftsführung, die Innovationsstrategie sowie eine effektive Organisation der Innovationsstrukturen und -prozesse identifiziert.

Instrumente der Mitarbeitermotivation und Innovationserfolg



Lesebeispiel: Der Anteil der erfolgreichen Innovatoren, die persönliche Anerkennung bevorzugt als Motivationsinstrument im Innovationsprozess eingesetzt haben, beträgt 97,1 Prozent. Quelle: INNO-tec/ZEW 2001

■ Ein erster wichtiger Faktor, der sich auf den Erfolg von Innovationen im Maschinenbau auswirkt, ist das Verhalten der Geschäftsführung. Die Studie zeigt, dass es nicht entscheidend ist, wie viel Zeit die Geschäftsführung mit dem Innovationsprojekt verbringt. Wichtiger sind klare Signale, ein punktuelles Engagement bei zentralen Entscheidungen und die konsequente Delegation der übrigen Aufgaben. Die Geschäftsführung sollte deutlich machen, dass das Innovationsprojekt aus ihrer Sicht Priorität genießt. Zudem sollte sie sich persönlich um die Motivation der Mitarbeiter des Innovationsprojekts kümmern und ihnen Freiräume bei der Durchführung einräumen.

Erfolgsfaktor Innovationsstruktur

Auch die Innovationsstruktur im Unternehmen ist für den Innovationserfolg wichtig. Die Verantwortung für Innovationsprojekte sollte bei einer klar definierten Gruppe von Mitarbeitern liegen,

in größeren Unternehmen beispielsweise bei einer Abteilung. Das Innovationsprojekt sollte für die beteiligten Mitarbeiter die Kernaufgabe sein, das heißt die Mitglieder des Innovationsteams sollten überwiegend diesem Team und nicht anderen Aufgaben innerhalb des Unternehmens zur Verfügung stehen.

Eine Einbindung anderer betrieblicher Funktionsbereiche wie Produktion, Marketing und Vertrieb in den Innovationsprozess wirkt sich positiv auf die Innovation aus. Die Kooperation mit Externen sowie die Einbindung von Kunden, Zulieferern und Universitäten oder Forschungseinrichtungen versprechen für sich allein genommen hingegen keinen Erfolg. Wichtig ist nicht die Kooperation per se, sondern der zielgerichtete Einsatz externen Know-hows.

Die Studie zeigt, dass die Nutzung von Methoden des Innovationsmanagements bei vielen der untersuchten Unternehmen noch verbesserungsfähig ist. Erfolgreiche Innovatoren setzen häufiger

Innovationsmanagementmethoden wie Simultaneous Engineering, Rapid Prototyping, Qualitätszirkel oder Quality Function Deployment ein als weniger erfolgreiche Innovatoren. So bringen Unternehmen, die Managementmethoden beherrschen, ihre Produkte früher und zu geringeren Kosten auf den Markt.

Mitarbeitermotivation ist ein weiterer wichtiger Erfolgsfaktor. Persönliche Anerkennung, Fort- und Weiterbildung sowie Gehaltserhöhung und Prämien empfehlen sich hier besonders. Eine gute Mitarbeitermotivation kann das Unternehmensimage verbessern und so helfen, neue Fachkräfte zu gewinnen. Auch ist sie eine wichtige Voraussetzung, um zu verhindern, dass kompetente Fachkräfte zu anderen Unternehmen abwandern. Daher erstaunt es, dass nur knapp 37 Prozent der untersuchten Unternehmen bei ihrem letzten Innovationsprojekt Instrumente der Mitarbeitermotivation eingesetzt haben.

Neben der Organisation der Innovationsstruktur beinhaltet operatives Innovationsmanagement auch die Prozessorganisation. Am gesamten Arbeitsaufwand einer Innovation haben die Entwicklungs- und Realisierungsphase den größten Anteil. Das Engagement der Geschäftsführung ist vor allem in der Ideen- und gegebenenfalls in der Markteinführungsphase gefragt. Standardisierung und die Unterscheidung klar definierter Zeitabschnitte im Innovationsprozess erhöhen die Erfolgchancen für Innovationsprojekte, ebenso eine klare Zuweisung der Verantwortlichkeiten und der Aufgaben. Auch der Einsatz von Projektstrukturplänen und Meilensteinplänen ist Erfolg versprechend. ◀

Dr. Sonja Kurz, kurz@zew.de

ZEW-Forschungsergebnisse

Klimapolitik nach Marrakesch

Die siebte Weltklimakonferenz fand vom 29. Oktober bis zum 10. November 2001 in Marrakesch statt. Dabei ging es um die Klärung von technischen Details. Viele sehen mit dem in Marrakesch verabschiedeten Gesetzestext die Voraussetzungen erfüllt, dass das Kioto-Protokoll von den Vertragsstaaten ratifiziert und in naher Zukunft in Kraft treten kann. Es stellt sich aber die Frage, zu welchem Preis diese Einigung erreicht wurde.

■ Vor vier Jahren hatten sich die wichtigsten Industrieländer im Kioto-Protokoll zu verbindlichen Emissionsobergrenzen für den Ausstoß ihrer Treibhausgasemissionen, vor allem CO₂, verpflichtet. Allerdings waren verschiedene Fragen offen geblieben, von deren Beantwortung die ökologische Wirksamkeit und die ökonomischen Kosten des Kioto-Protokolls stark abhängen. Hierzu zählten neben den konkreten Regelungen für einen internationalen Emissionshandel die Anrechenbarkeit von Kohlenstoffsinken und die Sanktionsmechanismen für den Fall von Vertragsverletzungen. Im vergangenen Jahr bei der Klimakonferenz in Den Haag sah es so aus, als ob die Bemühungen für einen weltweiten Klimaschutz an diesen Fragen endgültig scheitern sollten. Dieser Eindruck verstärkte sich, als im März 2001 die Bush-Administration ihre Teilnahme am Klimaschutzabkommen aufkündigte, weil sie zu hohe ökonomische Belastungen für die US-amerikanische Wirtschaft befürchtete. Ohne die USA am Verhandlungstisch erzielten die Teilnehmerstaaten in den Folgeverhandlungen von Bonn dann jedoch Übereinkunft über die wichtigsten Problemfelder auf politischer Ebene. Die Möglichkeiten für internationalen Emissionshandel, der eine möglichst kostengünstige Einhaltung der Kioto-Ziele gewährleisten soll, wurden nicht mehr eingeschränkt. Weiterhin einigte man sich auf eine großzügige Anrechnung von Kohlenstoffsinken wie Wälder oder landwirtschaftliche Nutzflächen. Diese beiden Regelungen führen neben dem Austritt der USA aus dem Abkommen zu einer weiteren Schwächung der ökologischen Wirksamkeit des Kioto-Protokolls. Wegen der großzügigen Anrechnung von Senken müssen viele Industrieländern ihre Emissionen in Industrie, Verkehr und



Haushalten ungleich weniger stark senken, als ursprünglich im Kioto-Protokoll vorgesehen. Der freie Handel von Emissionsrechten erlaubt es Staaten, die über das Kioto-Protokoll mehr Emissionsrechte bekommen haben, als sie in Zukunft für die Einhaltung ihrer Emissionsrestriktionen brauchen, überschüssige Rechte (sog. hot air) zu verkaufen. Dadurch verringert sich die globale Treibhausgasreduktionswirkung von Kioto gegenüber rein nationalen Minderungsstrategien der Industrieländer erheblich.

Die Bonner Entscheidung sollte in Marrakesch in einen ratifizierbaren Gesetzestext umgesetzt werden. Insbesondere zum Emissionshandel erzielten die Teilnehmerstaaten einen Konsens. Weiterhin klärten sie wichtige Fragen zu den Sanktionsmechanismen bei Nichterfüllung der Reduktionsvorgaben und zur Anrechenbarkeit von Senken. Die zentrale Entscheidung über die Verbindlichkeit der Sanktionen wurde jedoch auch in Marrakesch wieder vertagt. Darüber

soll von den Staaten, die das Protokoll ratifizieren, erst nach Inkrafttreten des Protokolls entschieden werden.

Auch in Marrakesch drohten die Verhandlungen an nationalen Eigeninteressen zu scheitern. Vor allem Russland spielte seine Verhandlungsmacht aus. Nach dem Rückzug der USA kann das Protokoll praktisch nicht in Kraft treten, wenn Russland seine Ratifizierung verweigert. Erst die Zusage eines erheblich höheren – wissenschaftlich umstrittenen – Senkenpotenzials für Russland rettete die Konferenz.

Symbolische Klimapolitik

Letztlich laufen die Ergebnisse von Marrakesch auf symbolische Klimapolitik hinaus. Nach dem Rückzug der USA und der ausgedehnten Anrechenbarkeit von Senken führen die Ergebnisse von Marrakesch kaum zu einer effektiven Verminderung der globalen Treibhausgasemissionen. Das Überangebot an Emissionsrechten auf Seiten von Russland reicht aus, um den Reduktionsbedarf der westlichen Industrieländer vollständig zu decken. Bei einem unbeschränkten Handel würde sich somit ein Zertifikatspreis von Null herausbilden, und es käme nicht zu einer effektiven Emissionsminderung. Auch die realistische Annahme, dass Russland als Monopolanbieter auftritt und seine Rechte nicht zum Nulltarif verkauft, führt nach Berechnungen des ZEW nicht zu nennenswerten globalen Emissionsminderungen (ZEW Discussion Papers No. 01-49 und No. 01-58). Insofern schafft die Ratifizierung von Kioto lediglich einen institutionellen Rahmen für zukünftige Klimaschutzverhandlungen, die über eine symbolische Politik hinausführen könnten. ◀

*Dr. Christoph Böhringer, boehring@zew.de;
Marcus Stronzik, stronzik@zew.de*

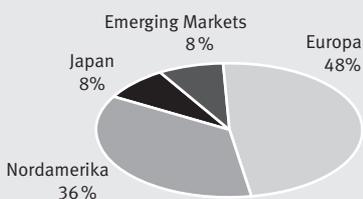
ZEW-Forschungsergebnisse

Europäische Aktien Favoriten für 2002

Für Aktionäre war das Jahr 2001 kein erfolgreiches – viele sahen ihr Vermögen weiter dahinschmelzen. Um dem Anleger Hilfestellung für die Portfolioentscheidung für das kommende Jahr zu geben, hat das ZEW 246 Analysten nach ihrer optimalen Portfoliogewichtung für das Jahr 2002 gefragt.

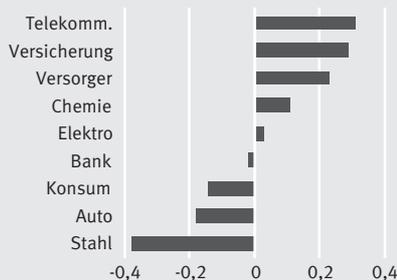
Portfolioempfehlungen für 2002

1. Wie würden Sie ein Aktienportfolio auf folgende Regionen aufteilen?



2. Wie würden Sie folgende Branchen in einem deutschen Aktienportfolio gewichten?

1 = übergewichten / 0 = neutral / -1 = untergewichten



Gesamtzahl der Antworten: 246

Quelle: ZEW

Die im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests befragten Analysten bevorzugten nach wie vor Aktien aus Europa. Nahezu die Hälfte des Portfolios sollte mit europäischen Werten bestückt werden. Der Euro Stoxx 50 ist mit einem Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von etwa 18 zurzeit günstig bewertet. Setzt man das KGV des Euro Stoxx 50 zudem in Relation zu dem KGV am Anleihemarkt, erscheinen diese Aktien besonders interessant. Nordamerikanische Dividentitel sollten mit 36 Prozent im Portfolio geringer als die europäischen vertreten sein. Die Analysten halten auch diese Titel nach den Verlusten des S&P 500 von über zehn Prozent im Jahr 2001 wieder für günstig bewertet. Trotz des mittlerweile optisch guten Bewertungsniveaus in Japan und in den Emerging Markets mahnen die Analysten dort wegen des nach wie vor hohen Risikos zur Vorsicht. Aktien aus diesen Märkten sollten dem Depot nur zu weniger als zehn Prozent beigemischt werden.

Was die Branchenauswahl in einem deutschen Aktienportfolio in 2002 an-

belangt, bevorzugen die Analysten ausgewählte Wachstumsbranchen wie etwa die Telekommunikationsindustrie. Diese dürfte von den Zinssenkungen der vergangenen Zeit besonders profitieren. Zudem empfehlen die Finanzexperten defensivere Titel wie die Versicherungen und die Versorger, die wenig zyklisch sind. Die Analysten erwarten in 2002 keinen kräftigen Konjunkturaufschwung. Demzufolge raten sie auch dazu, die zyklischen Branchen wie etwa die Automobil- oder Stahlindustrie noch unterzugewichten.

Den Anlegern in deutsche Rentenwerte raten die Experten für 2002, kurz- bis mittelfristig zu investieren und Langläufer mit einer Laufzeit von mehr als sieben Jahren eher zu meiden. Letztere rentieren zurzeit mit wenig attraktiven Zinsen von etwa 4,3 Prozent. Kurz- bis mittelfristige Anleihen werfen kaum weniger Zinsen ab. Sollte die Inflation wieder zum Problem werden und dadurch die langfristigen Zinsen steigen, könnten die Besitzer der Langläufer Verluste erleiden.

Volker Kleff, kleff@zew.de

ZEW-Intern

Auszeichnung für Dr. Peter Westerheide

Die Dissertation von Dr. Peter Westerheide, Senior Researcher im Forschungsbereich Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement, wurde im Wettbewerb um den Werner-Lehmann-Preis 2001 ausgezeichnet. Mit dem alle zwei Jahre verliehenen Förderpreis des Verbandes der Privaten Bausparkassen werden wissenschaftliche Arbeiten gewürdigt, die sich schwerpunktmäßig mit dem Themenbereich

„Wohnen und Finanzieren“ befassen. Die bereits 1998 abgeschlossene Dissertation zum Thema „Vermögenspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft“ analysiert die Ziele und Wirkungen vermögenspolitischer Maßnahmen in der Bundesrepublik. Ein wesentlicher Akzent der Untersuchung liegt auf den Auswirkungen der Bausparförderung und der sonstigen Wohneigentumsförderung auf das private Sparverhalten.



Wirtschaftspolitik aus erster Hand

Gesamtwirtschaftliche Perspektiven

Am 28. November 2001 stellte Prof. Dr. Juergen B. Donges, Vorsitzender des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, das Jahresgutachten 2001 des Sachverständigenrats am ZEW vor. ZEW-Präsident Prof. Dr. Wolfgang Franz konnte rund 200 Gäste, vor allem auch aus Unternehmen, zu der Vortragsveranstaltung im Rahmen der Reihe „Wirtschaftspolitik aus erster Hand“ begrüßen.



Prof. Dr. Juergen B. Donges bei seinem Vortrag am ZEW. Foto: GES

■ Donges führte aus, dass die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr enttäuschend gewesen sei. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde daher nach Einschätzung des Sachverständigenrats (SVR) in 2001 nur um 0,6 v.H. steigen. Die Lage am Arbeitsmarkt sei insgesamt schlecht. Noch im vergangenen Jahr habe man mit einer deutlich besseren Entwicklung gerechnet. Auch der SVR habe den Einfluss der gestiegenen Energie- und Nahrungsmittelpreise und des konjunkturellen Einbruchs in den USA unterschätzt. Die konjunkturelle Abschwächung habe sich schon vor dem 11. September angedeutet. Durch den Terroranschlag und den kurz darauf begonnenen Krieg sei die Hoffnung verfliegen, dass sich noch vor der Jahreswende die wirtschaftliche Lage bessern könnte.

Der SVR habe zwei Szenarien für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutsch-

land in 2002 entworfen, je nachdem, ob die Auswirkungen der Anschläge am 11. September vorübergehender oder dauerhafterer Natur seien. Im ersten Fall könne man davon ausgehen, dass sich die Konjunktur in den USA langsam wieder erhole und dort das reale BIP im Jahresdurchschnitt um 1,3 v.H. steigen werde. Wenn im Euro-Raum die Europäische Zentralbank ihren moderat expansiven Kurs beibehalte, die Lohnkostentwicklung im Großen und Ganzen moderat bleibe und die Inflationsrate rückläufig sei, könne nach Meinung des SVR das reale BIP 2002 um

0,7 v.H. steigen. Nach Erreichen des Tiefpunkts um die Jahreswende 2001/2002 werde sich die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion allmählich beschleunigen. Die Lage am deutschen Arbeitsmarkt werde sich im Jahr 2002 deutlich verschlechtern. Inflationsgefahren bestünden allerdings nicht.

Unterstelle man dagegen im zweiten Szenario, dass die Auswirkungen des 11. September dauerhafterer Natur seien, so würde es zu einer längeren Rezession in den USA kommen. Für Deutschland erwarte der SVR dann, dass das reale BIP um 0,5 v.H. sinken würde. Donges betonte allerdings, dass der SVR dieses Szenario für wenig wahrscheinlich halte.

Von einer aktiven Konjunkturpolitik rät der SVR ab. Bei zusätzlichen kreditfinanzierten Ausgabenprogrammen stünden, so Donges, die kurzfristigen Impulse in keinem Verhältnis zu den auf mitt-

lere Sicht negativen Rückwirkungen für die Volkswirtschaft. Auch sei es für die Glaubwürdigkeit der Finanzpolitik wichtig, den Forderungen nach einem Vorziehen der Steuerreform nicht zu folgen.

Auch die europäische Geldpolitik trage durch die Leitzinssenkungen dazu bei, günstige Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Aktivitäten zu schaffen. Allerdings seien die realwirtschaftlichen Auswirkungen expansiver Zinsschritte ungewiss, und auf jeden Fall brauche der Transmissionsmechanismus Zeit, um zu wirken.

Stetigkeit ist erforderlich

Der SVR sei der Ansicht, dass statt punktuell wirtschaftspolitischem Handeln Stetigkeit erforderlich sei. Dies heiße längerfristig wirksame Initiativen zu ergreifen. Das zentrale Feld hierfür sei der Arbeitsmarkt. Er könne angesichts vielfältiger Regulierungen nicht flexibel genug auf die Anpassungserfordernisse der Unternehmen und die Erwerbswünsche der Arbeitssuchenden reagieren. Die neuen Arbeitsmarktregulierungen der Bundesregierung wie etwa zum Betriebsrat halte der SVR mehrheitlich für Fehlentwicklungen.

Handlungsbedarf bestehe auch bei den ausufernden Lohnnebenkosten, und hier insbesondere in der gesetzlichen Krankenversicherung. Fehlanreize und Organisationsmängel bestünden fort, und schon allein diese sorgten für steigende Ausgaben und Beitragssätze.

Eine weitere steuerpolitische Aufgabe der Bundesregierung sei die Reform des Systems der Gemeindesteuern. An die Stelle der Gewerbesteuer sollte nach Auffassung des SVR eine kommunale Einkommen- und Gewinnsteuer mit gemeindlichen Zuschlagsrechten treten. ◀

Katrin Voß, voss@zew.de

ZEW-Neuerscheinungen

■ Discussion Papers

Christoph Böhringer; Andreas Löschel: *Market Power in International Emission Trading. The Impacts of U.S. Withdrawal from the Kyoto Protocol*, No. 01-58.

Manuel Frondel; Christoph M. Schmidt: *Evaluating Environmental Programs: The Perspective of Modern Evaluation*

Research, No. 01-59.

Nikolaus Hautsch; Dieter Hess: *A mean variance regime? Creation and resolution of uncertainty under the employment report's reign*, No. 01-60.

Andreas Fier; Dietmar Harhoff: *Die Evolution der bundesdeutschen Forschungs-*

und Technologiepolitik: Rückblick und Bestandsaufnahme, No. 01-61.

Wolfgang Franz; Volker Zimmermann: *Job Shopping after Vocational Training? An Empirical Analysis of the Transition from Apprenticeship Training to Work*, No. 01-64.

Gateway to Euroland

Das ZEW hat im Auftrag des Finanzplatz e.V., Frankfurt, drei Informationsbroschüren zu den Finanzmärkten im Euroraum erstellt. Die Inhalte dieser „Gateway to Euroland“ sind jeweils spezifisch auf die Informationsbedürfnisse verschiedener Zielgruppen (ausländische Emittenten, Investoren und Finanzdienstleister) ausgerichtet.

Am Anfang der Publikationen steht eine Trendanalyse zu den grundsätzlichen Entwicklungstendenzen an den Finanzmärkten des Euro-Währungsgebiets. Besondere Schwerpunkte bilden die Entwicklungen am deutschen Kapitalmarkt. Hier werden beispielsweise die Neuorientierung der privaten Altersvorsorge auf eine zunehmende Kapitaldeckung, die Auswirkungen der Steuerreform 2000 und die Änderungstendenzen in der Finanzmarktaufsicht thematisiert. Ein wichtiger Akzent liegt auf der Darstellung des Fortschritts und der Einschätzung noch bestehender Hemmnisse für die Finanzmarktintegration im Euroraum. Es schließt sich eine vergleichende Analyse von Performance und Liquidität des deutschen Finanzmarktes im Relation zu anderen europäischen Finanzmärkten an. Ergänzend wird die elektronische Infrastruktur für Trading, Clearing und Settlement beschrieben.

Auf diesen allgemeinen Teil folgen zielgruppenspezifische Analysen einzelner Finanzmarktsegmente. So finden in der Broschüre,

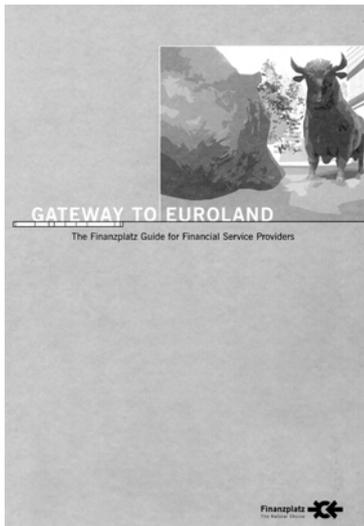
die sich an ausländische Emittenten richtet, die Emissionskosten und die steuerliche Behandlung ausländischer Dividendeneinkünfte in Deutschland besondere Berücksichtigung. Ausländische Investoren werden dagegen besonders über die Anlagemöglichkeiten am europäischen Venture-Capital-Markt informiert. Jedes Kapitel enthält umfangreiche Verweise auf vertiefende Literatur, informative Internetseiten und potenzielle Ansprechpartner.

Die Segmentbeschreibungen werden durch Specials ergänzt, in denen für die jeweilige Zielgruppe besonders interessante Entwicklungen detaillierter dargestellt werden. Investoren erhalten vertieften Einblick in die europäische Corporate Governance, Emittenten werden über die Dynamik am europäischen Markt für Unternehmensanleihen informiert. Der Leitfaden für Finanzdienstleister befasst sich mit den neuesten Entwicklungen im Bereich von Onlinebanking und -broking. Fallstudien, für die sich jeweils ein Unternehmen aus der jeweiligen Zielgruppe zur Verfügung stellte, runden die Broschüren ab.

Eine vierteljährlich aktualisierte Online-Version von „Gateway to Euroland“ findet sich unter www.finanzplatz.de.

Die Print-Ausgabe ist erhältlich bei Finanzplatz e.V., Telefon 069/9793-8700, E-Mail: info@finanzplatz.de.

Information: Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de



ZEW-Termine

■ Expertenseminare

Presenting in English, 18. Dezember 2001, ZEW-Gebäude

Teilzeitarbeit und Befristung in der betrieblichen Praxis, 18. Dezember 2001, ZEW-Gebäude

Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes, 16. Januar 2002, ZEW-Gebäude

Verrechnungspreise, 19. Januar 2002, ZEW-Gebäude

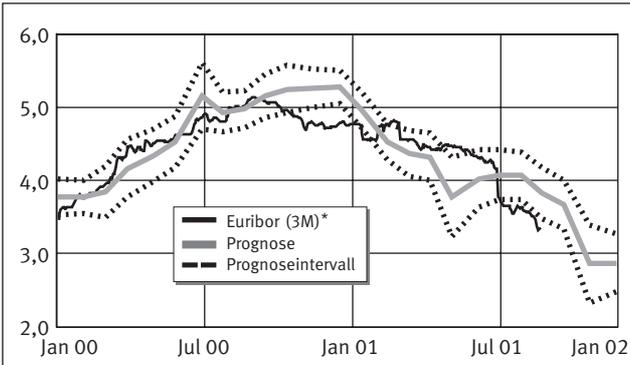
Analyse und Prognose von Finanzmärkten, Teil 2: Fortgeschrittene Verfahren, 13.-14. Februar 2002, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter www.zew.de

Wir senden Ihnen auch gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: pauli@zew.de

Daten und Fakten

Finanzmarkttest im November: Zinstief im Euroraum noch nicht erreicht

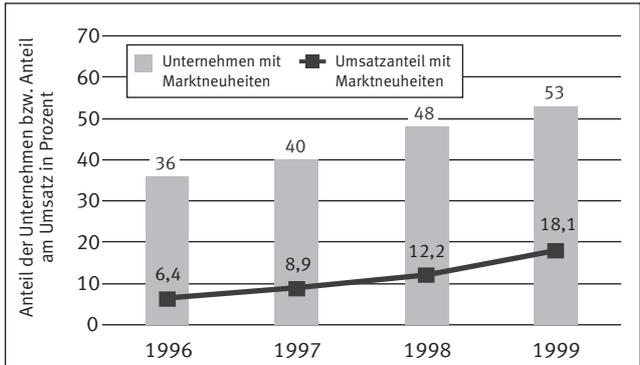


Quelle: * Thomson Financial Datastream; ZEW

Die Leitzinssenkung der Europäischen Zentralbank vom 8. November hat die Zinserwartungen zwar erheblich beeinflusst. Aber auch nach der Zinssenkung gehen noch fast drei Viertel der befragten Finanzexperten von weiter sinkenden Geldmarktzinsen aus. Weitere Leitzinssenkungen um bis zu 50 Basispunkten seien denkbar. Dafür sprächen die unvermindert niedrigen Inflationserwartungen: Obwohl die Zuwachsraten der Geldmenge nach wie vor hoch sind und auch die Erwartungen für die Ölpreise langsam wieder nach oben drehen, gehen mehr als zwei Drittel der Befragten von einem weiteren Rückgang der Preissteigerungsrate aus.

Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de

Elektrotechnik: Bedeutung von Marktneuheiten wächst

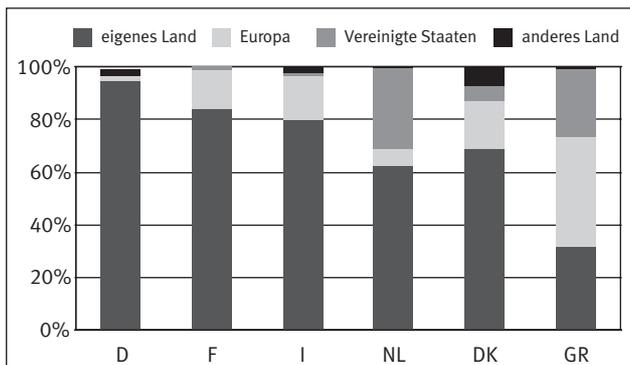


Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 2000

In der Elektroindustrie spielen Marktneuheiten für den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen eine immer zentrale Rolle. Mehr als die Hälfte der Unternehmen hatten 1999 Marktneuheiten in ihrem Produktportfolio, 1996 war es noch jedes dritte Unternehmen gewesen. Das wachsende Engagement hat sich auch im Umsatz niederschlagen: Rund 18 Prozent des branchenweiten Umsatzes erzielten die Unternehmen 1999 mit Marktneuheiten gegenüber 6,4 Prozent 1996. Damit einher gehen steigende Innovationsaufwendungen (1996: 9,3 Milliarden DM; 1999: 18,3 Milliarden DM). Ihr Anteil am Umsatz ist zwischen 1996 und 1999 von 4,4 auf 7,8 Prozent gestiegen.

Bettina Peters, b.peters@zew.de

Informations- und Kommunikationstechnologien: „Global Sourcing“ ist in Europa ausbaufähig

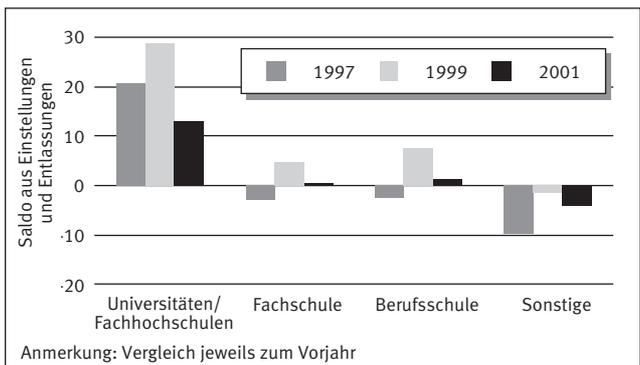


Quelle: ZEW

Der Verbreitung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wird eine tragende Rolle bei der Globalisierung von Märkten zugeschrieben. Allerdings weisen gerade Dienstleister der IKT-Branche hinsichtlich ihrer wichtigsten Innovationsquellen eine starke nationale Abhängigkeit auf. Die meisten europäischen IKT-Dienstleister bezogen 1999 die wichtigsten unternehmensexternen Informationen für ihre ökonomisch bedeutendsten Innovationen aus nationalen Quellen. Gerade große Volkswirtschaften nutzen überwiegend nationale Ressourcen. So kann im IKT-Bereich von „Global Sourcing“ kaum die Rede sein.

Dirk Czarnitzki, czarnitzki@zew.de

Ungelernte haben kaum Chancen bei unternehmensnahen Dienstleistern



Quelle: ZEW; Creditreform

Die konjunkturelle Flaute bei den unternehmensnahen Dienstleistern dämpft ihre Nachfrage nach Arbeitskräften. Mitarbeiter ohne formalen Berufsabschluss waren 2001 am stärksten betroffen. Deutlich mehr Unternehmen haben Mitarbeiter dieser Qualifikation entlassen als eingestellt. Auch die Nachfrage nach Mitarbeitern mit Berufsabschluss oder Fachschulabschluss hat sich abgeschwächt, auch wenn hier die Unternehmen weiter mehr Mitarbeiter eingestellt als entlassen haben. Für Personal mit einem Universitäts- oder Fachhochschulabschluss waren die Arbeitsmarktchancen am besten. Aber auch für sie hat sich die Lage im Vergleich zum Vorjahr verschlechtert.

Alexandra Spitz, spitz@zew.de



standpunkt

Nachfrage

Wer hätte das gedacht? Nicht nur hierzulande, sondern auch in einigen anderen Ländern werden zwecks Stimulierung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage lauthals Konjunkturprogramme keynesianischer Provenienz gefordert, unter anderem von Leuten, denen dies gar nicht zuzutrauen war, weil sie in der (jüngeren) Vergangenheit jede Nähe zum Keynesianismus vermutlich als Rufmord geahndet hätten.

Die Diskussion könnte zu heiterer Melancholie Anlass geben, wäre sie nicht durch eine beträchtliche Begriffsverwirrung und daraus resultierende wirtschaftspolitische Fehldeutungen gekennzeichnet. Bemühungen von Wissenschaftlern in den vergangenen beiden Dekaden, den vermeintlichen Gegensatz zwischen einer angebots- und einer nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik als grobes Missverständnis zu entlarven, ist anscheinend nur mäßiger Erfolg beschieden. Besonders deutlich und möglicherweise verhängnisvoll zeigt sich dies in der Öffentlichkeit in der mangelnden Unterscheidung zwischen Wachstum und Konjunktur.

Der Wachstumspfad einer Volkswirtschaft bezeichnet die trendmäßige Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts, berechnet bei einer Normalauslastung der Kapazitäten. Wichtige Bestimmungsfaktoren des Wachstums sind unter anderem die Investitionen in das Humankapital und in die Infrastruktur (Verkehr, Kommunikation), der technische Fortschritt und die Rahmenbedingungen, wie etwa das Ausmaß der Besteuerung und die Flexibilität des institutionellen Regelwerks.

Forderungen nach einer Senkung der Steuerlast und einer Deregulierung des Arbeitsmarkts haben mithin ihre Berechtigung, wenn es darum geht, die deutsche Volkswirtschaft auf einen höheren Wachstumspfad zu bringen, unabhängig von der konjunkturellen Situation. Die steuerliche Belastung von Unternehmen in Deutschland auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau zu reduzieren, ist – wie

Berechnungen des ZEW und der Universität Mannheim mit Hilfe des „European Tax Analyzers“ zeigen – gut begründet, um die Wachstumsperspektiven aufzuhellen. Anders formuliert: Die Verbesserung der Angebotsbedingungen mit Hilfe einer klugen Wachstumspolitik ist immer richtig.

Ergänzend kann zur Wachstumspolitik eine Konjunkturpolitik zwecks Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage treten, das heißt eine Abschöpfung eines Nachfrageüberschusses in der Hochkonjunktur durch Stilllegung von Einnahmen und Verausgabung dieser Mittel in der Rezession, so sie denn vorliegt. Die Vereinigten Staaten finanzieren ihr Konjunkturprogramm aus Haushaltsüberschüssen. Davon kann hierzulande keine Rede sein, im Gegenteil, propagiert wird eine vorgezogene Steuerentlastung auf Pump. Nach aller Erfahrung erfolgt die Rückzahlung am St. Nimmerleinstag, denn ein konjunktureller Aufschwung darf später nicht gebremst, eine gute Konjunktur danach nicht abgewürgt und ein nächster Abschwung nicht verstärkt werden. Davon abgesehen müsste die konjunkturpolitische Bekämpfung einer Rezession international koordiniert werden, um eine durchschlagende Wirkung zu erzielen. Also konjunkturpolitische Enthaltensamkeit?

Aus heutiger Sicht (Ende November) sollten konjunkturbedingte Mindereinnahmen und Mehrausgaben hingenommen und, für den Fall einer absehbaren schweren Rezession, eine aktive und international koordinierte Konjunkturpolitik betrieben werden. Diese sollte vor allem an der Einnahmenseite des staatlichen Budgets ansetzen, also beispielsweise bei der Senkung der unteren Sätze der Einkommensteuer, weil es konjunkturpolitisch um die Stimulierung der Nachfrage geht (die Bezieher niedriger Einkommen sind konsumfreudiger).

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

Redaktion: Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung: mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

Druck: Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher